

Was tun gegen Wohnungsnot in Göttingen?

Hausbesitzer und Politiker diskutieren



D. Hildebrandt

Göttingen. Die Wohnungsnot in Göttingen beschäftigt auch Investoren und Immobilienbesitzer. Beim „parlamentarischen Abend“ des Göttinger Haus- und Grundeigentümergevereins H+G haben Mitglieder und Ratspolitiker über mögliche Ansätze diskutiert: von der Idee, höher zu bauen und Lücken zu füllen bis zu Bundeszuschüssen für Investoren.

Es ist schon Tradition, dass H+G einmal im Jahr Kommunalpolitiker zu einem Gesprächsabend einlädt. „Auch wir wollen gemeinsam mit Ihnen etwas für die Bürger der Stadt tun“, versicherte der Vorstandsvorsitzende Dieter Hildebrandt den etwa 15 Gästen mit Blick auf eine der aktuell brennendsten Probleme der Stadt: Kurz und mittelfristig fehlen etwa 6000 Wohnungen, um den Bedarf zu decken, „und ganz besonders brauchen wir bezahlbaren Wohnraum, den sich auch Klein- und Normalverdiener leisten können“, sagte Ratsherr Ulrich Holefleisch (Grüne). Dabei verteidigte er „mit großen Bauchschmerzen“ den Vorstoß seiner Partei, auch Kleingärten als potenzielle Baufläche auf den Prüfstand zu stellen. Eine umstrittene Idee, die in dieser Runde von anderen Parteien gar nicht so viel Gegenwind bekam. „Zum Nulltarif sei das nicht zu haben“, mahnte Hans Otto Arnold (CDU), „aber vielleicht kann

der ein oder andere Verein dazu bewogen werden, freiwillig ein paar Parzellen für ein neues Wohnhaus abzugeben“. Auch die SPD betrachtet die Idee differenziert: Im Zentrum einer Stadt seien Kleingärten sowohl für das Klima als auch als Freizeitraum „enorm wichtig“, sagte Ratsfrau Helmi Behbehani. Anders sehe das vielleicht in den Randbereichen aus.

Einig waren sich alle, dass in Göttingen mehr Geschosswohnungsbau hilfreich sei, im Kern verdichteter gebaut werden müsse und auch frühere Industriegebiete als Wohnraum erschlossen werden könnten. Einig waren sie sich auch, dass Kommunalpolitik überraschend wenig Einflussmöglichkeiten darauf habe, den Bau günstiger Wohnungen zu forcieren. „Selbst wenn wir alle Ideen umsetzen und planerisch die Voraussetzungen schaffen, haben wir immer noch lange keine neuen und bezahlbaren Wohnungen“, fürchtete Klaus-Peter Hermann: „Ohne Bundeszuschüsse für Investoren geht da nichts.“ us